

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher
Sehr geehrte Stadtverordnete,



wie uns allen bekannt ist, betreibt die Firma Plukon einen Geflügelschlachtbetrieb hier in Gudensberg. Die wasserrechtliche Erlaubnis zur Einleitung von gereinigten betrieblichen Abwässern in den Goldbach wurde durch die zuständige Obere Wasserbehörde zeitlich bis zum 01.01.2022 befristet. Im November 2021 erteilten wir im Parlament die „Befreiung der Benutzungszwanges“ zur Einleitung in die städtische Kläranlage. Damit gaben wir grünes Licht zur weiteren Einleitung in den Goldbach für den Zeitraum von 3 Jahren.



Dieses Vorgehen war lediglich ein Aufschub, denn für das Abwasser der Firma Plukon muss eine Lösung her.

Die Firma Plukon hatte daher in einer öffentlichen Bauausschusssitzung am Juni 2022 das Konzept für eine Druckwasserleitung des gereinigten Abwassers vorgestellt. Die Einleitung soll in der Eder erfolgen.

Zusätzlich hatten alle Parlamentarier in einem vor Ort Termin die Möglichkeit Erläuterungen zur Kläranlage der Firma Plukon zu erhalten. Die Anforderungen an die Wasserreinigung der Kläranlage sind bspw. höher als im Vergleich der Gudensberger Kläranlage.

Ein zu hoher Chlorid also Salzgehalt und eine zu hohe Temperatur sind der Grund, weshalb das Abwasser - nach erfolgter Reinigung – nicht mehr in den Goldbach eingeleitet werden darf.

Der Chloridgehalt liegt über dem zulässigen Wert für die Einleitung, ist aber kleiner als der zulässige Grenzwert für Mineralwasser zum Trinken.

Die Kontrolle des Goldbachwassers erfolgt derzeit jährlich stichprobenartig an der Einmündung in die Ems. Bei den bisherigen Messungen des Regierungspräsidiums Kassel wurden keine Belastungen festgestellt.

Hier muß man aber erwähnen, daß heutzutage eine Messung von multiresistenten Keimen in Deutschland laut dem RP nicht dem Stand der Technik entspricht – also nicht durchgeführt wird.

Das ist schon verwunderlich!

Vielleicht könnte ja der ein oder andere Abgeordnete im Europaparlament daran arbeiten diese Messung in Europa zu einem Standardverfahren zu machen.

Um die wilden Spekulationen und zahlreichen Zeitungsartikel und Stellungnahmen zu beenden und eine faktenbasierte Diskussion zu ermöglichen, wird die FWG mehrheitlich dem Antrag der Grünen zustimmen.